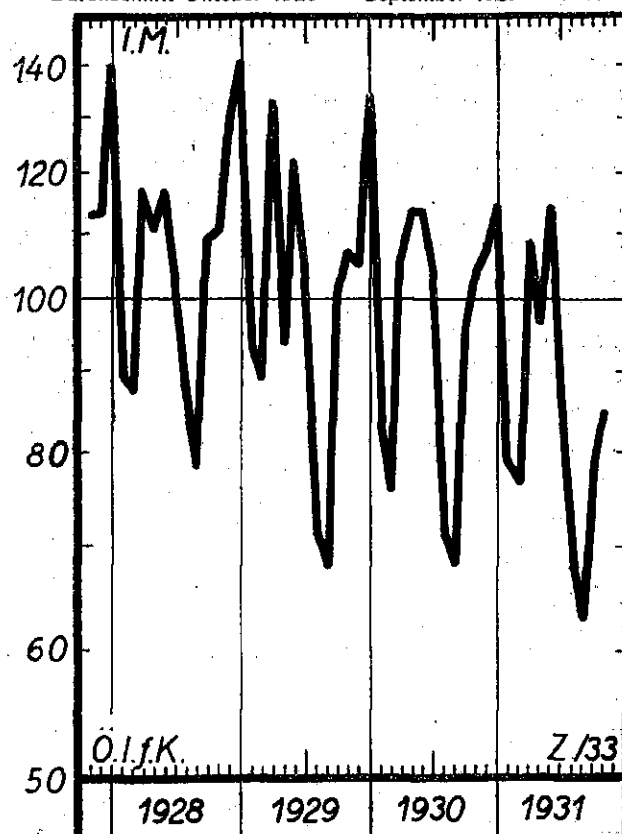


Jahre 1930 sowie der starke Rückgang in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres.

Die *Güterwagengestellung* bei den Bundesbahnen hat im November übersaisonnäßig abgenommen. Die bereinigte Indexziffer sank von 120·8 auf 113·7. Die Zahl der ins Ausland geleiteten Wagen ging auf 486 (arbeitstäglich) zurück; dies ist die niedrigste Zahl dieses Jahres. Im November des Vorjahres betrug sie 774. Dagegen stieg die Zahl der aus dem Ausland eingeführten beladenen Güterwagen auf 2059 gegenüber 1735 im Vormonat und 2092 im November des Vorjahres. Daraus geht hervor, daß die gegenwärtigen Methoden, die auf Einfuhrdrosselung und Ausfuhrsteigerung abzielen, soweit sich dies ziffernmäßig erkennen läßt, bisher keinen Erfolg hatten.

Den gleichen Schluß legt die ungünstige Entwicklung der *Außenhandelsziffern* für den Monat November nahe, denn ebenso wie im Oktober hielt die Tendenz zur Einfuhrsteigerung und Ausfuhrsenkung an. Die Gesamteinfuhr stieg gegenüber dem Vormonat um 19·7 Millionen Schilling, was mehr als 11% ausmacht; den größten Anteil daran hatten Nahrungsmittel und Getränke, deren Einfuhr sich von 37·4 Millionen auf 45·1 Millionen hob. Die starken Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten deuten auf die schon oben erwähnte Tendenz zur gesteigerten Lagerhaltung. Die Gesamtausfuhr sank von 118·3 Millionen auf 106·8 Millionen Schilling. Mit Ausnahme von Jänner d. J. hat die Fertigwarenausfuhr mit 76·1 Millionen ihren niedrigsten Wert dieses Jahres erreicht. Zum Teil

Inseratenumfang einiger Wiener Tageszeitungen.
Durchschnitt Oktober 1928 — September 1931 = 100.



ist darin allerdings eine Saisonbewegung enthalten. Angesichts der großen Rolle, die der Gestaltung des Außenhandels als Konjunktursymptom zukommt, werden vom nächsten Monatsbericht angefangen, außer den Ursprungsziffern auch saisonbereinigte Werte veröffentlicht werden.

DEUTSCHLAND.

Wie zu erwarten war, hat nach der ersten Entwertung des Pfundes im September in Deutschland eine lebhafte Erörterung eingesetzt, ob man der deutschen Wirtschaft durch bewußte Entwertung der Reichsmark zu Hilfe kommen könne und solle. Man kann es als die erfreulichste Tatsache, ja vielleicht als den einzigen Lichtblick in dem heutigen trüben Bilde der deutschen Wirtschaft bezeichnen, daß der Gedanke einer Devaluierung von den verantwortlichen Stellen entschieden zurückgewiesen wurde. Auch der vierten Notverordnung vom

8. Dezember mit ihren zum Teil außerordentlich kühnen, bisher in keinem kapitalistischen Staate versuchten Eingriffen in die Wirtschaftsverfassung liegt vor allem der Gedanke zugrunde, die Stabilität der Währung unter allen Umständen zu sichern.

Das Berliner Institut für Konjunkturforschung faßt in seinem Vierteljahresbericht vom Dezember seine Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage wie folgt zusammen:

„In Deutschland hat sich die Lage erneut zugespitzt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt — auch

konjunkturell — beschleunigt an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat eher noch zugenommen. Auftragseingang und Rohstoffdispositionen, Symptome von Produktionsplanungen und -vorbereitungen, verharren im Rückgang.

In besonderer Weise wird die Lage Deutschlands durch die zunehmende Abschließung wichtiger Länder vom Weltmarkt durch Währungsverfall, Devisenreglementierungen, Zollerhöhungen, Einfuhrkontingentierungen und andere den Warenverkehr hemmende Maßnahmen erschwert. Die Rückwirkungen hieraus für Deutschland sind um so schwerwiegender, als Deutschland nur durch Ausfuhrsteigerung den Devisensaldo erarbeiten kann, dessen es zur Befriedigung seiner ausländischen Gläubiger bedarf.

Wie die Notverordnung vom 8. Dezember mit ihren scharfen Eingriffen in das Kosten- und Preisgefüge der deutschen Wirtschaft konjunkturell wirken wird, läßt sich wohl noch kaum übersehen; viel wird darauf ankommen, wie durch die Regelung das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Wirtschaftszweigen und bei der öffentlichen Hand beeinflußt wird.“

Vom Standpunkte der unbedingten Verteidigung der Währungsstabilität muß vor allem die *Devisenposition der Reichsbank* Aufmerksamkeit beanspruchen. Der Status des Noteninstituts zeigt folgende Entwicklung:

	1 Wechsel- portefeuille u. Lombard	2 Gold und Deckungs- devisen	3 Noten, Scheine u. Giro Guth.	4 Deckung (2 in Prozent von 3)
	in Millionen Reichsmark		Reichsmark	
Ende August . . .	3.766	1.722	5.313	28.3
Ende September . . .	4.389	1.440	5.644	25.5
Ende Oktober . . .	4.668	1.276	5.685	22.4
7. November . . .	4.362	1.262	5.355	23.6
15. November . . .	4.314	1.190	5.273	22.6
23. November . . .	4.193	1.177	5.110	23.0
30. November . . .	4.574	1.175	5.567	21.1
7. Dezember . . .	4.491	1.176	5.422	21.6
15. Dezember . . .	4.410	1.160	5.386	21.5

Die immer empfindlicher werdende Verknappung der Devisenreserven hat ihre Ursache einmal in den durch die Lücken des Stillhalteabkommens notwendig gewordenen Rückzahlungen auf Auslandskredite — der Betrag dieser Rückzahlungen inkl. Kupon- und Zinszahlungen in der Zeit von Ende Juli bis Mitte November wird mit ca. 1 Milliarde Reichsmark angegeben, — sodann darin, daß die Erfassung der Exportdevisen, die bei der außerordentlichen Steigerung des Ausfuhrüberschusses bis inklusive Oktober in größeren Mengen als früher zur Verfügung stehen müßten, auf Schwierigkeiten stößt. Letzteres hängt zum Teil damit zusammen, daß in Deutschland eine Kontrolle der Ablieferung

von Exportdevisen, wie sie in den meisten anderen Ländern mit zentraler Devisenbewirtschaftung durch Warenausfuhrkontrolle geübt wird, noch fehlt. Wenn, wie offiziell angegeben wird, von den in der Zeit vom 1. September bis 15. November von der Reichsbank abgegebenen Devisenbeträgen mehr als ein Drittel für Rückzahlungen auf ausländische Kredite verwendet wurde, so wird klar, wie viel von dem Ausgang der jetzt geführten Verhandlungen wegen Prolongation des Stillhalteabkommens, durch das kurzfristige Auslandskredite im Betrage von etwa 7 Milliarden Reichsmark erfaßt werden, abhängt.

Bei dieser Sachlage kam die Senkung des Reichsbankdiskonts von 8 auf 7% (10. Dezember) höchst überraschend. Wenn in der begleitenden Erklärung des Reichsbankdirektoriums bemerkt wird, daß diese Maßnahme sich in die auf Preissenkung gerichtete Tendenz der neuen Notverordnung einfüge, so ist dem entgegenzuhalten, daß Senkung des Bankdiskonts erfahrungsgemäß zur Erhöhung der Preise führt, resp. Preisermäßigungen entgegenwirkt, daß also die Diskontherabsetzung insofern in geradem Gegensatz zu der deflationistischen Tendenz der vierten Notverordnung steht. Rechnet man hinzu, daß, wie obige Tabelle zeigt, Wechselportefeuille und Lombardforderungen Ende November eine neue starke Steigerung erfuhren, daß ferner die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen vom Ende Mai bis Ende Oktober ununterbrochen, und zwar um ca. 1.3 Milliarden Reichsmark (von 11.225 Millionen Reichsmark auf 9.936 Millionen Reichsmark) gesunken sind, so wird man in der Lage des Geld- und Kapitalmarktes wohl kaum eine Begründung für die Diskontherabsetzung ersehen können. Nach dem 8. Dezember ermäßigten sich die Geldsätze des Marktes ein wenig (Tagesgeld von 8½ bis 10% auf 7 bis 9%, Privatescompte von 8 auf 7%).

Die Wirkungen der durch die vierte Notverordnung verfügten *Zinsherabsetzung* lassen sich noch nicht übersehen, doch ist zu befürchten, daß die gegenwärtig ohnehin ungenügende private Kapitalbildung noch weiter zurückgehen wird. Die Knappheit des Kapitalangebots, die für den effektiven Kapitalzins maßgebend ist und durch die Herabsetzung der Nominalzinsen nicht wegdekretiert werden kann, wird sich bei den der Konversion unterworfenen Wertpapieren in einem Sinken der Kurse und Wiederansteigen der Effektivrendite — vielleicht sogar über das bisherige Maß hinaus — ausdrücken und durch die Vertrauenserschütterung und die dadurch bedingte verstärkte Zurückhaltung der Sparer und Kreditgeber mutmaßlich noch ver-

schärft werden. Auch wird, wohl mit Recht, darauf hingewiesen, daß durch die unterschiedlose Entlastung guter und schlechter Unternehmungen Fehl-investitionen sanktioniert werden und die durch die Krise herbeigeführte Auslese unter den Unternehmungen beeinträchtigt wird.

Die *Großhandelspreisindizes* der Industrierohstoffe und der Agrarstoffe haben im Oktober das Vorkriegsniveau unterschritten. Innerhalb der industriellen Fertigwaren ist der Index der Konsumgüter von August bis November von 139·7 auf 134·2 gefallen, während sich der Index der Produktionsmittelpreise kaum veränderte. In der neuen Notverordnung wird eine Senkung der durch Kartelle oder sonstige Abmachungen gebundenen Preise um mindestens 10% gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 verfügt, während die Preisgestaltung lebenswichtiger Gegenstände des Detailverkehrs durch einen Reichskommissär kontrolliert werden soll. Bei den gebundenen Preisen, die nach wie vor größtenteils hoch über den Weltmarktpreisen gehalten sind, wird man noch am ehesten einen Erfolg der behördlichen Senkungsaktion erwarten dürfen. Die Überwachungstätigkeit des Reichs-

kommissärs soll gleichfalls dem „Schutz vor Über-teuerung“ dienen. Wenn jedoch, wie bei behördlicher Preiskontrolle wohl die Regel, die Überprüfung der Preise durch Kostenkalkulation der minder rentablen Betriebe erfolgt, so ist es keineswegs unmöglich, daß in zahlreichen Fällen Preise als angemessen oder sogar zu niedrig befunden werden, deren Senkung dennoch unbedingt geboten wäre. Die Theorie der Gestehungskosten, die bei behördlicher Preiskontrolle wohl meist zugrunde gelegt wird, ist eben in Zeiten schwerer Depression so wenig anwendbar wie in Zeiten allgemeiner Hausse. In einer allgemeinen Depression die Preise so zu normieren, daß sie die vollen Gestehungskosten decken, würde nur eine Verzögerung des unvermeidlichen Räumungsprozesses bedeuten.

Die *Industrieproduktion* hat bereits das Niveau des Krisenjahres 1925/1926 unterschritten und ist jetzt ungefähr auf dem Stand der Jahrhundertwende angelangt. Hierbei wurden die Produktionsgüterindustrien vom Rückgang der mengenmäßigen Produktion stärker erfaßt als die Verbrauchsgüterindustrien. Im Steinkohlenbergbau ist die Förderung zu Herbstbeginn saisonüblich gestiegen. Der Schieds-

Deutsche Wirtschaftszahlen																			
Zeit	Kapitalmarkt									Preise ³⁾			Produktion und Handel ⁴⁾				Arbeitslose ⁵⁾		
	Geldumlauf ¹⁾			Wechselbeziehungen			Zins ²⁾			Reagible Preise	Industrierohstoffe und Halbwaren	Agrarstoffe	Gesamindex	Wagengstellung der Reichsbahn ⁶⁾	Einfuhr von Rohstoffen	Ausfuhr von Fertigwaren	Hauptunterstützungsempfänger ¹⁴⁾	Vollarbeitslose Industrie-arbeiter in % ⁷⁾	Wechselproteste
	Milliarden RM.	Notenbankkredite ¹⁾	Abrechnungsverkehr ¹⁾	Mrd. RM.	Mrd. RM.	Aktienindex ¹²⁾	Ertrag 8%iger Goldpland-briefe ¹³⁾	Privatdiskont ¹³⁾	Emissionen von Aktien ¹⁰⁾										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1930																			
Jänner	6·2	2·40	10·6	3·8	—	120·0	8·60	6·33	163	112	128	122	93·7	126	634	795	2.483	23·4	15·2
Februar	6·2	2·47	9·1	3·8	6·25	120·6	8·50	5·54	34	106	127	116	91·0	125	524	756	2.056	24·6	13·2
März	6·3	2·44	9·5	3·8	6·30	119·0	8·44	5·12	23	104	126	110	90·9	131	493	833	2.347	22·9	13·0
April	6·2	2·32	10·1	3·5	6·37	122·2	8·24	4·46	45	103	125	112	92·3	134	480	734	2.081	21·3	10·7
Mai	6·3	2·30	10·3	3·5	6·31	121·7	8·11	3·59	27	101	124	111	88·4	138	454	813	1.889	20·6	11·1
Juni	6·3	2·12	9·6	3·3	6·32	116·4	8·06	3·88	21	99	122	110	82·0	133	441	670	1.835	21·1	9·0
Juli	6·2	2·07	11·2	3·5	6·40	110·0	8·00	3·40	94	95	119	115	80·6	128	478	707	1.901	22·4	9·2
August	6·3	2·08	9·3	3·1	6·46	103·3	8·02	3·24	27	94	118	117	79·6	126	437	740	1.948	23·6	8·5
September	6·3	2·54	10·1	3·5	6·48	102·3	8·08	3·30	30	93	116	114	78·8	134	396	762	1.966	24·1	8·7
Oktober	6·3	2·79	11·2	3·6	6·38	95·8	8·27	4·66	46	89	114	109	77·6	140	430	817	2.072	25·4	8·7
November	6·2	2·50	8·7	3·2	6·28	92·3	8·21	4·79	15	87	113	112	75·4	138	383	711	2.354	28·3	7·4
Dezember	6·4	2·99	9·4	3·4	5·96	87·3	8·18	4·83	33	83	110	110	72·5	123	359	697	2.833	34·3	7·7
1931																			
Jänner	6·0	2·37	9·6	3·4	—	81·8	8·08	4·75	75	78	108	107	67·8	105	374	575	3.365	37·2	9·6
Februar	6·0	2·51	8·0	2·8	6·04	85·6	8·05	4·88	48	77	106	106	69·2	105	331	591	3.497	37·3	8·3
März	6·0	2·51	8·9	3·3	6·01	91·1	8·01	4·76	14	76	106	107	73·5	112	297	662	3.241	36·0	9·5
April	5·9	2·29	9·0	3·0	5·96	92·4	7·99	4·65	14	76	105	108	76·3	116	368	620	2.790	34·1	8·1
Mai	5·9	2·12	8·6	2·7	5·87	83·0	8·01	4·65	260	71	103	109	73·9	117	311	593	2.508	32·0	7·5
Juni	6·0	3·47	10·3	3·6	5·83	75·9	8·20	6·09	57	67	103	107	74·4	115	323	566	2.354	32·2	7·4
Juli	6·1	4·43	4·6	4·1	5·64	—	—	—	20	70	103	105	71·7*	112	287	641	2.232*	33·8	—
August	6·0	3·90	4·3	3·6	5·59	—	—	—	214	65	102	103	66·6*	109	243	616	2.376	36·5	—
September	6·3	4·53	6·2	4·5	5·56	—	—	7·94	23	58	100	101	66·9*	116	228	646	2.485	37·6	12·0
Oktober	6·4	4·83	5·9	4·1	5·58	—	—	8·00	8	59	99	99	65·3*	125	225	691	2.535	39·4	11·6
November	6·4	4·79	4·8	—	—	—	—	8·00	29	60	99	99	—	—	248	589	2.772*	—	—

* Vorläufige Ziffern. — ¹⁾ Am Monatsende. — ²⁾ Bei der Reichsbank. — ³⁾ Monatsdurchschnitt. — ⁴⁾ Deutsche Großbanken. — ⁵⁾ Durchschnitt aus langer u. kurzer Sicht. — ⁶⁾ Arbeitstäglich. — ⁷⁾ Einschließl. der Kurzarbeiter, die auf Vollarbeitslose umgerechnet wurden. — ⁸⁾ Neue Erhebungsmethode. — ⁹⁾ Ab Oktober 1928 neue Erhebungsmethode. — ¹⁰⁾ Von Juli 1928 korrigierte Werte. — ¹¹⁾ Bis Februar 1929 10 Banken; infolge Fusionen ab März 1929 9 Banken und ab Oktober 1929 7 Banken. — ¹²⁾ Von Jänner 1929 an neu berechnet. — ¹³⁾ Von Jänner 1930 korrigierte Werte. — ¹⁴⁾ Von Jänner 1929 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung. — Nach den „Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung“.

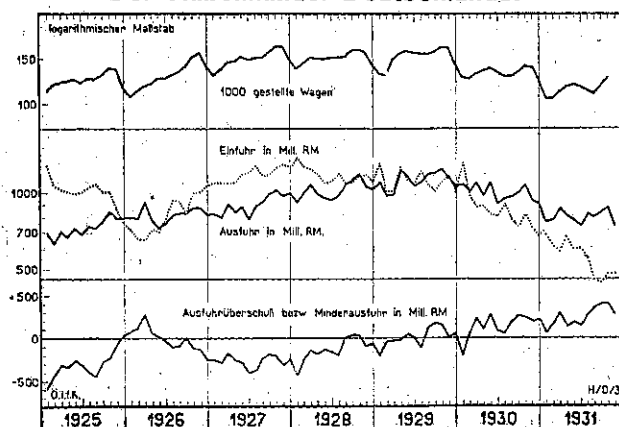
spruch vom 29. September, durch den Löhne und Sozialbeiträge um $10\frac{1}{4}\%$ gesenkt wurden, brachte im Ruhrkohlenbergbau eine Kostenersparnis von etwa 6% . In der Eisen- und Stahlindustrie war die Schrumpfung der Geschäftstätigkeit groß und wird sich durch Einführung von Eisenzöllen in England zweifellos sehr verschärfen; gingen doch im Jahre 1930 22% der gesamten Walzeisenausfuhr Deutschlands nach Großbritannien. In der Maschinenindustrie wirkte besonders ungünstig, daß die Auslandsaufträge, die in diesem Industriezweig zwei Drittel des Auftragsbestandes ausmachen, vom August bis Oktober um ca. 18% zurückgingen. Was die chemische Industrie betrifft, so haben sich laut Bericht der I. G. Farbenindustrie die alten Zweige, Farbstoffe, Pharmazeutika, photographische Chemikalien gut behauptet, während die in der Nachkriegszeit mit großen Investitionen entwickelte Erzeugung von synthetischem Stickstoff, Benzin und Kunstseide sich als durchwegs unrentabel erwiesen hat. Wesentlich besser als man nach der Kreditkrise vom Juli erwartete, hat sich die Textilindustrie behauptet. Manches deutet darauf hin, daß bei Textilwaren eine gewisse, durch die Sorge um die Währungspolitik hervorgerufene „Flucht in die Sachwerte“, die sich in verstärkten Käufen der Konsumenten, der Industrie und des Handels äußerte, produktionsstützend gewirkt hat. Da diese Bewegung kaum anhalten dürfte, ist es unwahrscheinlich, daß die Textilindustrie ihren relativ günstigen Stand wird erhalten können.

Die *Lohnsenkung* in Deutschland wird für die Zeit von Anfang 1930 bis November 1931 mit 12 bis 15% angenommen. Diesem Rückgang steht die Senkung des Lebenskostenindex gegenüber, der von seinem Höchststand 1929 von 154 auf 132 im November 1931, also um etwa 14% fiel. Gemäß der vierten Notverordnung sollen sämtliche durch Tarifvertrag geregelten Löhne und Gehalte grund-

sätzlich auf den Stand vom 10. Jänner 1927 gesenkt werden. Die Einwendungen richten sich auch hier unter anderem gegen das schematische der Regelung. Es wurde in letzter Zeit oft die Forderung nach größerer Elastizität der deutschen Lohnpreisbildung erhoben. Dieser Forderung ist in jüngster Zeit durch starke Kürzung der Laufzeit der Tarifverträge teilweise Rechnung getragen worden, indem die im September und Oktober dieses Jahres abgelaufenen Verträge, d. s. zwei Drittel der gesamten deutschen Tarifverträge, nur noch auf zwei bis drei Monate erneuert wurden. Wenn nun durch die Notverordnung die Lohnverhältnisse einer bestimmten Zeit — Anfang 1927 — schematisch und ohne Berücksichtigung der seit 1927 eingetretenen Rentabilitätsverschiebungen als die für alle Industriezweige „richtigen“ normiert werden, so läuft dies auf lohnpolitische Sonderbegünstigung der Industrien, die seit 1927 relativ wenig gelitten haben, und Sonderbenachteiligung derjenigen Branchen, deren Schrumpfung seither besonders groß war, hinaus. Die mit der Forderung nach Elastizität vor allem angestrebte Herstellung richtiger Proportionen der Löhne je nach Leistungsfähigkeit der einzelnen Industrien dürfte auf diese Weise weniger erreicht werden als durch Neufestsetzung der einzelnen Tarife durch Lohnverhandlung und Schlichtung.

Das Volumen des *auswärtigen Handels* ist in den letzten Monaten weiter stark zusammengeschrumpft. Durch die seit Juli anhaltende Drosselung des Imports sank die Einfuhrziffer so scharf (von 562 Millionen Reichsmark im Juli auf 483 Millionen Reichsmark im Oktober), daß die seit 1929 bestehende Aktivität der Handelsbilanz sich wesentlich steigerte. Der Aktivsaldo erreichte im Oktober mit 396 Millionen Reichsmark (gegenüber 265 Millionen Reichsmark im Juli) eine Rekordhöhe. Diese große Steigerung des Ausfuhrüberschusses, deren Behauptung für das drückende Problem der kurzfristigen Schulden einen Lichtblick hätte bedeuten können, ging jedoch im November wieder verloren. Bei fast genau gleichgebliebenem Wert der Einfuhr fiel infolge der zahlreichen neuen Absatzerschwerungen der Export von 879 Millionen auf 749 Millionen und damit ungefähr auf den Stand vom Juni d. J. zurück, wodurch auch der Ausfuhrüberschuß nunmehr bereits wieder auf dem Stand vom Juli d. J. angelangt ist.

Der Außenhandel Deutschlands.



TSCHECOSLOWAKISCHE REPUBLIK.

Die Lage der tschechoslowakischen Wirtschaft hat sich gegenüber den Sommermonaten auf allen Gebieten verschlimmert, was weniger